

Dr. Cornelia Hafenmayer kandidiert als Ludwigsfelder Bürgermeisterin!

Mein Name ist derzeit in aller Munde und das ist gut so! Ich bin in Kleinmachnow aufgewachsen. Von meinem Vater, Ingenieur für Mess- und Regelungstechnik, habe ich Durchsetzungsvermögen, von meiner Mutter, Kindergärtnerin, die Kreativität und Herzlichkeit, den Menschen unvoreingenommen zu begegnen, geerbt. Ich bin Agrarwissenschaftlerin. Als Verwaltungsfachwirtin, Personalreferentin und Ausbilderin weiß ich genau, wie die Verwaltung funktioniert und traue es mir zu, sie zu führen.

Ich bin seit der Jugend gesellschaftlich aktiv, im Schulrat, als Korrespondentin für Zeitungen und in der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft. Später im Frauenbund Deutschland und dem Verband der Kleingärtner-Siedler und Kleintierzüchter.

Mein Herz gehört seit mehr als 50 Jahren dem Handballsport, davon 45 Jahre als Spielerin. Heute bin ich Schiedsrichterin, Zeitnehmerin und Sekretärin sowie Ausbilderin. Es macht mich stolz, wenn ich »meinen Nachwuchs« in den Hallen des Landes Brandenburg wiedersehe. Sie sind Sportler, und die eigentlichen Akteure auf der Platte. Ich setzte mich für Fair Play im Sport und die Anerkennung des Ehrenamtes ein. Ludwigsfelde ist seit mehr als 30 Jahren meine Heimat. Hier sind meine Kinder aufgewachsen, haben die Schule besucht und wohnen mit ihren kleinen Familien. Ich bin verheiratet. Wir haben drei Kinder und fantastische Enkelinnen. Gemeinsame Unternehmungen und Feiern mit der ganzen Familie sind mir sehr wichtig.

Ich bin oft mit dem Rad unterwegs und kenne mich auch durch meine über 20-jährige Tätigkeit bei der Stadtverwaltung in Ludwigsfelde sehr gut aus. Viel wurde in den letzten Jahren geschaffen: Sanierung der Gottlieb-Daimler-Schule, Renovierung des Klubhauses, die Kristall Saunatherme, Firmenansiedlungen, attraktive Wohngebiete, Sanierungen von Wohnungen und Wohnblöcken, der Bahnhof in Struveshof ...

Auch die Geselligkeit wird in der Stadt groß geschrieben. Einen wesentlichen Anteil daran haben die Vereine unserer Stadt. Sie leisten vorbildliche Arbeit. Stillstand ist Rückschritt und das werde ich, wenn ich als Bürgermeisterin von Ludwigsfelde gewählt werde, nicht zulassen. Ich setze mich dafür ein, dass sich die Ludwigsfelder und ihre Gäste hier wohlfühlen. Wir brauchen die Förderung des Mittelstandes, eine starke heimische Wirtschaft, Ausbildungs- und Arbeitsplätze für unsere Jugend, ein Lehrlingswohnheim. Arbeiten muss sich in Ludwigsfelde lohnen. Der Wohnungsbau muss den Ansprüchen der Ludwigsfelder Bevölkerung entsprechen. Das sind vor



Kreisvorsitzender Felix Thier und Stadtfraktionsvorsitzender Peter Dunkel gratulieren der frisch gewählten Kandidatin.

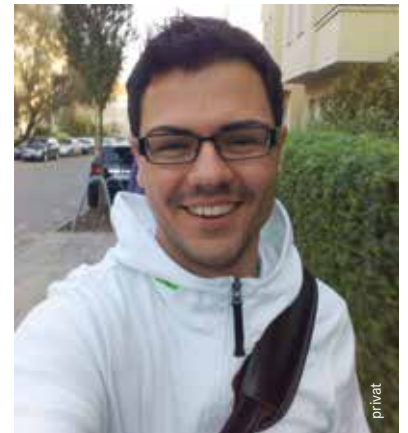
allem kleine und große Wohnungen für Jugendliche, Singles und Familien, Förderung des Eigenheimbaus und auch Wohnungsbau für gehobene Ansprüche mit ansprechendem Wohnumfeld.

Wir haben landschaftlich reizvolle Ortsteile. Rücken wir noch näher zusammen. Ich kann mir zusätzliche Angebote wie Urlaub auf dem Bauernhof gut vorstellen. Dazu gehört auch die Bewahrung dörflicher Traditionen. Zuzug statt Wegzug! Ich setze mich für weitere Infrastrukturmaßnahmen, Maßnahmen gegen die steigende Verlärmung der Stadt, Verkehrsplanung für die Ortsteile und Eigenheimsiedlungen, Kindereinrichtungen, Förderung lokaler Initiativen für Kinder, Barrierefreiheit für unsere behinderten Menschen, Bänke zum Ausruhen für Jung und Alt ein. Es gibt viel zu tun!

Ich stelle mich diesen Aufgaben und werde als neue Bürgermeisterin bürgernah, mit Sachverstand und Herz für das kommunale Wohl tätig sein, gemeinsam mit allen kommunalen Kräften zusammenarbeiten und die Zukunft von Ludwigsfelde gestalten. Ich möchte mit meiner Arbeit auch ein Zeichen im Landkreis Teltow-Fläming und Land Brandenburg setzen.

Ich freue mich auf Ihre Unterstützung im Kampf um das Bürgermeisteramt in Ludwigsfelde!

Dr. Cornelia Hafenmayer,
Ludwigsfelde



Thierisch gesehen

Liebe Leserin, lieber Leser, liebe Genossin, lieber Genosse, Wahlkampfzeit, schönste Zeit! Wenn Sie diese Ausgabe des Linksblick druckfrisch in den Händen halten (und ihn vielleicht gerade im Urlaub am Strand lesen), ist die Bürgermeisterwahl in der Gemeinde Am Mellensee und in der Stadt Ludwigsfelde am 20. September noch etwas weit weg. Trotzdem möchte ich Sie schon jetzt bitten, von Ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und Ihre Stimme abzugeben. In Am Mellensee unterstützt DIE LINKE den Amtsinhaber und ruft zu dessen Wahl auf. In Ludwigsfelde wiederum steht Cornelia Hafenmayer als Alternative zur jahrzehntelangen SPD-Herrschaft zur Wahl. Nicht alles anders, aber vieles besser machen – so lässt sich ihr Programm zusammenfassen. Machen Sie sich auf den folgenden Seiten selbst ein Bild von ihr! Und bitte gehen Sie zur Wahl! Wer nicht wählt, für den entscheiden andere.

FELIX THIER
Kreisvorsitzender



Foto: Friedrich

BÜRGERMEISTERWAHL IN LUDWIGSFELDE: UNSERE KANDIDATIN DR. CORNELIA HAFENMAYER

Eine gute Entscheidung

Ja, ich gebe gern zu, es war schon eine für mich, und ich glaube für uns alle, ungewöhnliche und nicht alltägliche Situation. Warum? Wir hatten eine Kandidatin und einen Kandidaten zur Wahl für die Nominierung zur Bürgermeisterwahl am 20.9.2015

in Ludwigsfelde. Gut so, dachten fast alle. So konnten wir wahre Demokratie erleben und nicht immer nur darüber reden. Gut vorbereitet und durchgeführt mit einem professionellen Moderator und gewählten Versammlungsleiter, Roland Scharp, war die Wahlentscheidung bereits im ersten Wahl-

gang für die Genossin Dr. Cornelia Hafenmayer gefallen.

Ich bin sicher, das ist eine sehr gute Entscheidung.

Conni, so nennen wir sie gern, obwohl sie es nicht unbedingt mag, ist seit der letzten Kommunalwahl gewählte Stadtverordnete in Ludwigsfelde und Mitglied unserer Fraktion Die Linke/Filu. Sie arbeitet sehr engagiert als Mitglied im Sozial-, Schul-, Kultur- und Sportausschuss, ist Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses

und Mitglied in der Verbandsversammlung des WARL.

Neben den Aufgaben in der Stadtverordnetenversammlung fungiert sie in mehreren gesellschaftlichen Organisationen, wie z. B. als Schiedsrichterin und Schiedsrichterwartin im Handballsport.

Conni ist sehr zuverlässig, fleißig und ehrgeizig bei der Erfüllung aller gestellten Aufgaben. Jede Beschlussvorlage, jede Information arbeitet sie akribisch durch und prüft die Richtigkeit der vorgelegten Unterlagen. Ja, dabei ist sie für so manchen Mitarbeiter der Stadtverwaltung natürlich nicht gerade die herzensgute Freundin.

Frau Dr. Cornelia Hafenmayer ist für mich die geeignete Kandidatin für das Amt als Bürgermeisterin unserer Stadt Ludwigsfelde.

Peter Dunkel

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE/Filu in der Stadtverordnetenversammlung Ludwigsfelde



Als Vereinskameradin ist Cornelia Hafenmayer engagiert und zuverlässig, als Schiedsrichterin fair und besonnen, als Mensch herzlich und ehrlich. Als Bürgermeisterin könnte Cornelia all diese Eigenschaften in ihr Amt einbringen und als eine von uns Ludwigsfelde vertreten. Genügend Gründe für mich, um ihr im September meine Stimme zu geben.

Stefanie Geißdörfer,
Sportlerin in Ludwigsfelde

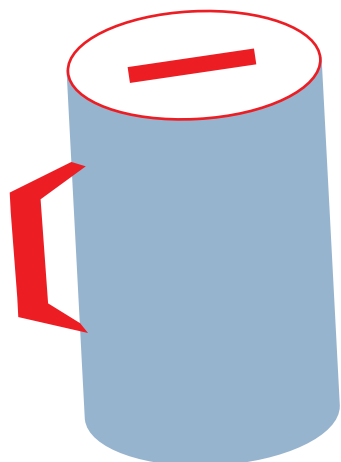


Ich kenne Cornelia seit vielen Jahren als engagierte Streiterin für den Sport.

Sie ist zielstrebig und durchsetzungsstark und immer zur Stelle, wenn Hilfe gebraucht wird. Ludwigsfelde braucht diese starke Frau als Bürgermeisterin. 50 Jahre regierten Männer in Ludwigsfelde. Die Zeit ist gekommen: Frauen an die Macht!

Erika Dahlke

Stadtverordnete in Ludwigsfelde



Spendenaufruf zur Bürgermeisterwahl in Ludwigsfelde

Liebe Leserinnen und Leser!

Bitte unterstützen Sie den Bürgermeisterwahlkampf für eine Bürgermeisterin der LINKEN in Ludwigsfelde mit einer Spende auf unser Kreiskonto bei der

Mittelbrandenburgischen Sparkasse:

DIE LINKE. KV TF

IBAN: DE 80 1605 0000 3633027415

Verwendungszweck: BM-Wahl Ludwigsfelde

Danke, Gregor! Eindrücke vom Bundesparteitag

Als Delegierte unseres Kreisverbandes nahm ich am 5. Bundesparteitag unserer Partei in Bielefeld teil. [...] Die Debatte um den Leitantrag: Für eine starke LINKE – Für Solidarität und Frieden – Wahlerfolge 2016 organisieren zog sich wie ein roter Faden am ersten Beratungstag durch alle Reden und Diskussionsbeiträge. Dabei wurden unterschiedliche Auffassungen zur Frage – Regierungsverantwortung ja oder nein – deutlich. Viele Genossinnen und Genossen aus den alten Bundesländern sehen unsere Partei lieber in der Opposition als in Regierungsverantwortung. Die Rednerinnen und Redner aus Sachsen und Thüringen, Brandenburg und Berlin sahen das anders. Den Stolz und die Erfolge – aber auch die Schwierigkeiten der Regierungsarbeit – machte Bodo Ramelow, erster Ministerpräsident der LINKEN eines Bundeslandes (Thüringen) deutlich. [...]

Für mich war die Diskussion und Beschlussfassung zu dem zweiten Schwerpunkt: Kommunalpolitische Leitlinien der Partei ein interessanter



Erfahrungsaustausch. Kommunalpolitik ist konkret und vielseitig. Sie ist unmittelbare und direkte Politik. Es wurden auch die Konzepte anstehender aktueller kommunaler Strukturreformen angesprochen. Viele Pro und Kontra wurden ausgetauscht. Wir müssen daher auch in unserem Bundesland Brandenburg genau erklären, was wir wollen und wie eine solche Reform aussehen kann. Dabei müssen die Menschen in den Gemeinden beteiligt werden. Den dritten Schwerpunkt am zweiten Tag bildete die Diskussion und

Beschlussfassung zur Kampagne »Das muss drin sein«. Das heißt, DIE LINKE verschiebt das Kräfteverhältnis nach links. Kampagne gegen prekäre Arbeit und prekäres Leben. Dabei ist mir bewusst geworden, das wir wieder von dem Ziel sprechen, eine sozialistische, demokratische Gesellschaft anzustreben. Den Abschluss des Parteitages prägte Gregor Gysi mit seiner richtungsweisenden und emotionsgeladenen Rede zu seiner Zukunft und der unserer Partei. Er hielt sich und allen Genossinnen und Genossen

einen Spiegel vors Gesicht. Sein Rückzug aus der Verantwortung des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion unserer Partei ist nachvollziehbar, stellt uns aber auch vor schwierige Entscheidungen. Wenn die Partei DIE LINKE ihr Ziel einer sozialistischen und demokratischen Gesellschaft erreichen will, muss eine Regierungsbeteiligung »als Normalfall begriffen werden«. [...]

Verhandlungen über ROT-ROT-GRÜN würden bestimmt schwer sein und er fügte nach einer kurzen Denkpause hinzu: »Aber wir haben nicht das Recht, uns vor Schwierigkeiten zu drücken«. Der Applaus wollte nicht enden. Viele Genossinnen und Genossen waren sehr berührt und hatten Tränen in den Augen und auch Gregor Gysi war sehr bewegt und verneigte sich vor den Delegierten, Gästen und seiner Familie. Diese Rede wird uns noch lange begleiten und uns in unserer Parteilarbeit beflügeln.

Edeltraut Liese,
Regionalverband TF Süd

Fahrt in den Bundestag am 28. und 29. Mai 2015

BUNDESTAG UND KOMMUNE

Auf Einladung von Norbert Müller, Mitglied des Bundestages, nahmen 49 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an einer beeindruckenden Busfahrt nach Berlin zum Deutschen Bundestag teil.

Diese Fahrt wurde vom Bundespresseamt organisiert und finanziert, sie ist für politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger konzipiert.

Gemeinsam mit dem Wahlkreismitarbeiter Hendrik Öchsle aus Rathenow war es meine Aufgabe, 49 Interessierte für diese Fahrt zu begeistern, was nicht schwer war, sie zu informieren und während dieser Zeit Ansprechpartner zu sein.

Das Programm war anspruchsvoll und informativ – es wurden viele Fragen beantwortet, Kontakte geknüpft – die Stimmung war freudig und erwartungsvoll.

Erster Programmpunkt war der Besuch der Landesvertretung Brandenburg in den Ministergärten in der Nähe des Potsdamer Platzes. Nach dem Mittagessen im Restaurant Oranien in der Oranienburger Straße folgte ein Informationsge-

spräch im Bundesministerium für Gesundheit in der Friedrichstraße. Es schloss sich eine Stadtrundfahrt durch Berlin mit dem Schwerpunkt Regierungsviertel an. Wir fuhren an Orten vorbei, wo auch die Berlin-Kenner noch nicht waren.

Die folgende Führung in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Stauffenberg-Gedenkstätte) in der Stauffenberg-Straße berührte alle Teilnehmer außerordentlich und machte sie bei allem Interesse fast sprachlos. Vielen ging es so wie mir – hier muss man noch einmal herfahren und viel Zeit mitbringen! Nach dem Check-in im Hotel ließen wir den ersten Tag bei einem Abendessen im Restaurant Shezan in der Roßstraße, einige mit einem Spaziergang, ausklingen.

Am zweiten Tag hatten wir vor dem Einfinden zum Sicherheits-Check am Bundestag noch Zeit, die Gedenkstätte der Sinti und Roma ganz in der Nähe, fast versteckt, anzusehen. Danach besuchten wir das Reichstagsgebäude auf dem Platz der Republik, besichtigten den Plenar-



saal des Bundestages und hörten einen interessanten Vortrag über die Aufgaben und die Arbeit des Parlaments.

Dann freuten wir uns auf Norbert Müller. Wir diskutierten mit ihm, er beantwortete alle Fragen, auch die unangenehmen, mit der von ihm gewohnten Freundlichkeit und Kompetenz. Es ist immer wieder ein Vergnügen, ihm zuzuhören.

Ein Besuch der Kuppel des Reichstagsgebäudes und ein Fototermin auf der Besucherebene machten den Besuch rund.

Nach einer Stärkung im Restaurant Viale dei Tigli in der Wilhelmstraße

traten wir die Heimreise an.

Das Danken nahm dann beim Aussteigen kein Ende, noch viel später auf der Straße, beim Einkaufen immer wieder Bestätigung, wie beeindruckend diese Fahrt war – und Norbert Müller!

Immer wieder hörte ich, dass es ein Glück ist, dass es so engagierte und intelligente junge linke Politiker gibt. Wen wundert's, dass ich schon eine Warteliste für die nächste Fahrt angefangen habe?

Angelika Linke
Wahlkreismitarbeiterin
für Norbert Müller in Ludwigsfelde

LANDTAG UND KOMMUNE

VON ANITA TACK

Liebe Leserin, Lieber Leser,

der Landtag hat vor der parlamentarischen Sommerpause im Juni an drei Sitzungstagen beraten. Es galt eine sehr umfangreiche Tagesordnung abzuarbeiten. Im übrigen sind alle Diskussionsbeiträge auch jederzeit anzuhören z. B. beim rbb im Internet. Natürlich stand auch diesmal die Asyl- und Flüchtlingspolitik der Landesregierung und das verantwortungsvolle Agieren der Kommunen bei der Sicherung der erforderlichen Unterbringungsmöglichkeiten, der Sicherheit der Flüchtlinge und der Willkommenskultur vor Ort im Mittelpunkt.

Eins steht für DIE LINKE fest: eine Rückkehr zu Gutscheinen statt Bargeld, so wie vom Innenminister kürzlich wieder ins Gespräch gebracht, halten wir für falsch! Auch seine Auffassung, den Verbleib von Flüchtlingen aus sogenannten

sicheren Herkunftsländern in der Erstaufnahme auf sechs Monate anzuheben lehnen wir genauso ab. Wir wollen keine Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Weil wir wissen, dass diejenigen, die zu uns flüchten, schwerwiegende Gründe haben: Krieg, Vertreibung, Folter, Verfolgung und bittere Not. Niemand verlässt leichtfertig seine Heimat und es gibt keine Flüchtlinge erster oder zweiter Klasse.

In der aktuellen Situation hilft es nicht, denjenigen das Wort zu reden, die von Armutsflüchtlingschwadronieren. In einer Zeit von steigender Gewalt gegen Flüchtlinge und deren Unterstützer ist es geboten, diesen Menschen Hilfe zu geben. DIE LINKE unterstützt alle die helfen, Vorurteile und Ängste zu bekämpfen und wird sich mit voller Kraft gegen diejenigen stellen, die Stammtischparolen zu Politik machen wollen. Wir stellen uns den Herausforderungen einer humanen Flüchtlingspolitik mit allen Kräften der Zivilgesellschaft in den Städten und Gemeinden.

In der Landtagssitzung habe ich u. a. unsere Position zur Situation der Bahnhöfe in Brandenburg vertreten (zum Antrag Bahnhofsanierungskon-

zept von Bündnis 90/Grüne). Immer noch verfallenen Bahnhofsgebäude im Eigentum der DB AG im Land Brandenburg. Den Grundsatz »Eigentum verpflichtet!« macht sich die DB AG offensichtlich nicht zu eigen. Statt zu erhalten und zu sanieren wird meistbietend verkauft. Viele Bahnhöfe sind nur eingeschränkt oder gar nicht mehr nutzbar, von Service keine Spur, der Anblick wird zum Trauerspiel und verleidet das Zufahren. Das darf nicht so bleiben. Es muss mehr geschehen, um die Bahnhöfe wieder zu ertüchtigen und sie behindertengerecht auszustatten. Es gibt auch sehr gute Beispiele im Land. Z. B. der Bahnhof Wiesenburg, der leider kein Bahnhof mehr ist, aber eine gute Zukunft gefunden hat. Er ist ein wunderbarer Ort für Begegnungen in Wiesenburg geworden und wird von einer Bürgergenossenschaft betrieben. Oder in Luckenwalde, wo schon vor Jahren die Bibliothek im Bahnhofsgebäude ihr zu Hause gefunden hat. Bahnhöfe sollten also auch als Kulturgut, als Beitrag zur Industrie- und Architekturgeschichte erhalten werden. Das ist eine Aufgabe, die nicht länger dem Selbstlauf überlassen werden

darf. Hier hat die DB AG eine große Verantwortung. Aber auch der Bund und das Land Brandenburg haben gemeinsam mit den Bahnhofscommunen einen Auftrag zur Erhaltung ihrer Infrastruktur zu leisten. Deshalb wird der Infrastrukturausschuss im Landtag zu diesem Thema beraten und auch die Funktionalität der Bahnhofsgebäude im öffentlichen Raum sowie die soziale und wirtschaftliche Dimension von Bahnhöfen erörtern, um künftig zu einem Konzept der Bahnhofsanierung zu kommen. Der Trend des Verfalls und des Verkaufs nach dem Vorgehen der Bahn AG muss ein Ende haben. Die Menschen in Brandenburg brauchen nutzbare Bahnhöfe.

Kontakt:

Anita Tack, MdL
Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam
Tel: 0331/966 15 10
Fax: 0331/966 15 07
E-Mail: anita.tack@linksfraktion-brandenburg.de

BUNDESTAG UND KOMMUNE

VON NORBERT MÜLLER

Vier Forderungen zum Umgang mit Rüstungsaltslasten

Es scheint als komme Bewegung in die Frage der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Entsorgung alliierter Rüstungsaltslasten. Nur kurze Zeit nach der Einbringung des Beschlusses des Bundesrates durch die Linksfraktion in den Bundestag erwägt die Unionsfraktion nun eine Fondslösung unter Beteiligung des Bundes und der Länder. Über die konkrete Ausgestaltung werde ich im Rahmen der Haushaltsdebatte berichten und den Finger weiter in die Wunde legen. Für ein konkretes Bild vor Ort habe ich am 14. Juli den Kampfmittelbeseitigungsdienst (KMBD) des Landes Brandenburg in Wünsdorf bei Zossen besucht. Anders als in vielen anderen Bundesländern gehört die Kampfmittelbeseitigung hier zum Zentraldienst der Polizei

des Landes und damit zum Innenministerium. Aufgrund der hohen Munitionsbelastung aus hunderten Jahren deutscher Kriegsgeschichte rund um Berlin ist der Verzicht auf eine Privatisierung dieser Aufgabe richtig. Vor Ort wurden wir durch den zuständigen Abteilungsleiter des Ministeriums, Herrn Dr. Trimbach, die Leiterin des KMBD, sowie dem Leiter der technischen und der Leiterin der planenden Unterabteilung herzlich begrüßt und umfassend informiert. Bedanken möchte ich mich bei den mehr als 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des KMBD, die täglich einer gefährlichen und anspruchsvollen Arbeit nachgehen, um uns alle vor den Gefahren alter Rüstungsgüter zu schützen.

Forderung 1

Das politische und gesellschaftliche Ziel, Rüstungsaltslasten zu entsorgen, muss erneut formuliert und gestärkt werden. Noch immer sind allein in Brandenburg 350.000 ha Fläche kontaminiert. Und gefunden wird alles aus allen Zeiten. Von der Kanonenkugel über chemische Waffen des Kaiserreiches, deutsche Flugabwehrgeschütze,

alliierte Fliegerbomben mit chemischen Langzeitzündern, sowie Geschütze und Munition jeglichen Kalibers. Die deutsche Geschichte ist eine des Krieges, des regelmäßigen Zivilisationsbruchs und unsere Wälder und Städte dokumentieren dies zur Genüge. Für mich ist das Ziel einer Demilitarisierung der deutschen Politik eng verbunden mit der Frage des Schutzes zukünftiger Generationen vor den noch immer realen Gefahren der Vergangenheit. Der KMBD leistet hierbei jetzt schon eine großartige Arbeit mit begrenztem Auftrag und geringen Personaleinsatz. Doch obwohl in den vergangenen Jahrzehnten die belasteten Flächen weniger werden, steigt der Problemdruck. Gerade Munition aus dem Zweiten Weltkrieg hat einen Verwitterungszustand erreicht, der Selbstdetonationen oder -entzündungen wahrscheinlicher macht. Viele Waldbrände haben hierin ihre Ursache.

Der KMBD arbeitet nach dem Prinzip, dass er aktiv wird, wenn Rüstungsgüter gefunden werden. Eine eigenständige, aktive, planmäßige Suche findet nicht statt. Dies muss sich ändern.

Forderung 2

Die Entschärfung großer Fliegerbomben ist ein mediales Spektakel. Der Aufwand für die Suche, die Gefahr der Entschärfung, der Umfang der Evakuierungs- und Sicherungsmaßnahmen für die Bevölkerung sind enorm. Aber solche Rüstungsgüter machen max. fünf Prozent aller Funde aus. In der Regel werden Klein- und Mittelkalibergeschosse gefunden. Die Gefahr ist hierbei nicht weniger groß, gerade für das entschärfende Personal. Die Politik und die Medien sollten den Blick auf das Alltagsgeschäft der Kampfmittelbeseitigung schärfen.

Forderung 3

Als der Zweite Weltkrieg über die Oder heim ins Reich kam, wurde Brandenburg zu einem zentralen Feld militärischer Auseinandersetzungen. Ob bei den Seelower Höhen, im Kessel von Halbe oder in Oranienburg – in Brandenburg wurde mit hohem militärischen Aufwand die endgültige Zerschlagung des deutschen Faschismus besiegelt.

Der Besuch in einem Landesforst in der Nähe von Halbe hat eindrucksvoll gezeigt, dass bei der Suche und

der Entsorgung von Rüstungsgütern eine Trennung in alliierte und reichseigene Munition bürokratischer Unsinn ist. Gefunden wird erst einmal alles. Dann muss die Munition nach ihrem Ursprung sortiert werden, sofern das aufgrund des Verwitterungszustandes überhaupt noch möglich ist – denn die Kosten für die Entsorgung reichseigener Munition trägt der Bund – die Kosten für alles andere der jeweilige Auftraggeber: Kommunen, das Land oder der Grundbesitzer. Danach wird die Munition gesammelt vernichtet. Diese Trennung ist nicht nur historisch unlogisch, sie bedeutet für den KMBD einen unnötigen bürokratischen Mehraufwand und wird auch mit der angestrebten Fondslösung nicht aufgehoben.

Besonders absurd ist aber, dass der KMBD seine Kosten gegenüber dem Bund über die BIMA abrechnen muss – also der bundeseigenen Immobilienverwertungsgesellschaft. Die hat jedoch klar den Auftrag Gewinne zu erwirtschaften und streitet sich deswegen mit dem Land permanent um Kosten.

Für mich bleibt es dabei – die Entsorgungskosten hat der Verursacher zu tragen – und das ist die Bundesrepublik als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches.

Forderung 4

Die Suche nach Rüstungsaltslasten obliegt dem Eigentümer belasteter Grundstücke. Auf Baugrund muss eine Unbedenklichkeitsbescheinigung eingeholt werden, die nach einer Überprüfung durch den KMBD ausgestellt wird. Im Falle des beschriebenen Wäldchens im Kessel von Halbe ist der Eigentümer das Land selbst. Der Landesforstbetrieb hat es sich zum Ziel gesetzt, die eigenen Forste von Rüstungsaltslasten räumen zu lassen. Für die systematische Suche werden private Firmen engagiert, die in enger Abstimmung mit dem KMBD mit Sonden und Spaten den Wald beräumen. Dies kann im Durchschnitt Kosten pro Quadratmeter von 50 Cent bis zu fünf Euro verursachen. Wenn kein öffentlicher Wille bezüglich des landeseigenen Forstbetriebes da wäre, würde eine flächendeckende Räu-

mung aus betriebswirtschaftlichen Erwägungen nicht machbar sein. Es handelt sich schließlich nicht um Goldminen, sondern um märkische Kiefernwälder und 50.000 Euro/ha müssen erst einmal erwirtschaftet werden. Aber große Teile der 350.000 ha kontaminierter Fläche sind Privatgrund. Leider verfolgen nur wenige Privatgrundbesitzer ähnlich umfangreiche Dekontaminierungsziele wie die öffentliche Hand. Hierfür müssen Fördermechanismen entwickelt werden, um die Anreize zur Kampfmittelbeseitigung für private Grundbesitzer zu erhöhen.

Kontakt:

Norbert Müller, MdB
Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 03385/49 45 21
Telefax: 03385/49 45 22
E-Mail: norbert.mueller@
bundestag.de

NACHGEFRAGT:



Eine von uns

Anke Scholz

Jahrgang 1968, Arzthelferin / Personalmanagerin

Mitglied der Gemeindevertretung Blankenfelde-Mahlow, Vorsitzende des Ausschusses für Finanzen und Bürgerhaushalt, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, zwei Kinder

Was ist für dich links?

Für bezahlte Arbeit zu streiten, von der man auch leben kann und stetiger Friedenskampf.

Was regt dich auf?

Unehrlichkeit, Neid, Gier ...und wenn mir die Bahn vor der Nase weggefahren ist ...

Was hat dich in letzter Zeit am meisten überrascht?

Ein Dankeschön eines Mitarbeiters, der nach langer Selbstständigkeit wieder ein Beschäftigungsverhältnis hat und so sozial abgesichert ist. Seine Worte: »Frau Scholz, Sie sind die Erste, die meine Situation verstanden hat. Danke, dass Sie sich so für mich eingesetzt haben.«

Vaterland, Mutterland, Deutschland – wie gern lebst du hier?

Es gab schon bewegte Zeiten, aber man muss aus allem das Beste machen und dafür eintreten. Ich lebe gern hier mit meinen Kindern, meiner Familie und meinen Freunden, zu Hause eben.

Welche Eigenschaften schätzt du an Menschen besonders?

Ehrlichen Umgang miteinander, verstanden werden ohne große Worte, helfen ohne lange zu fragen.

Wie sollte Blankenfelde-Mahlow in zehn Jahren aussehen, oder was wünschst du dir für Blankenfelde-Mahlow? Anders formuliert: Wovon träumst du?

Blankenfelde-Mahlow soll sich als angenehmer Wohnort weiter etablieren mit einem toleranten und respektvollen Miteinander, hoffentlich ohne 3. Start- und Landebahn am Flughafen BER.

Was bedeutet für dich Kunst und Kultur?

Ich bin froh, so dicht an Potsdam und Berlin zu wohnen, die große Kunst und Kultur vor der Tür sozusagen. Idyllisch sind aber auch bei uns der Park der »Alten Aula« oder die gelungenen Ausstellungen im »Bruno-Taut-Haus« Dahlewitz. Das alles ist Leben.

Nachgefragt hat

Detlev Schiemann, Blankenfelde-Mahlow

DABEI SEIN: TERMINE UND AKTIONEN

Beratung vor Ort: Kreisvorstand und Kreistagsfraktion

5.9.2015, 9.30 Uhr

Kulturquartier in Jüterbog

Sitzung des Regionalvorstandes Teltow-Fläming-Süd

10.9.2015, 18.30 Uhr

Große Str. 62 in Jüterbog

Treffen BO-Vorsitzende

7.9.2015, 18 Uhr

Bürgerbüro Ludwigsfelde

LinksTreff mit Bürgermeisterkandidatin Dr. Cornelia Hafenmayer

8.9.2015, 18 Uhr

Bürgerbüro Ludwigsfelde

Fest der Linken 11.+12.9.
ROSA-LUXEMBURG-PLATZ
BERLIN-MITTE

www.fest-der-linken.de/service

Sitzung der Kreistagsfraktion

14.9.2015, 16 Uhr

Kreishaus Luckenwalde

Öffentliche Leitbildkonferenz der Landesregierung zur Kommunalreform

14.9.2015, 17–20 Uhr

Kreishaus Luckenwalde

Bürgermeisterwahlen in Am Mellensee und Ludwigsfelde

20.9.2015, 8–18 Uhr

LinksTreff: Fragen an den/die neue/n Bürgermeister/in

15.10.2015, 18 Uhr

Bürgerbüro Ludwigsfelde

Info und Diskussion zum »Bedingungslosen Grundeinkommen

15.10.2015, 18 Uhr, Haus der

Generationen (Goethestr. 2, Am Mellensee OT Sperenberg)

Beratung BO-Vorsitzende

19.10.2015, 18 Uhr

Bürgerbüro Ludwigsfelde

Liebe Leserin, lieber Leser,
da so eine Zeitung natürlich die Meinungen unserer AutorInnen verbreitet, sind wir an Debatten und Meinungen interessiert – auch von Euch/Ihnen!
Wir freuen uns über Eure/Ihre Zuschriften, die wir hier gern (falls nötig sinnwährend gekürzt) veröffentlichen und so Diskussionsraum bieten wollen.

E-Mail:
redaktion@
dielinke-teltow-flaeming.de

Postanschrift:
DIE LINKE. Teltow-Fläming
Zinnaer Straße 36
14943 Luckenwalde

ZITIERT:

»Wir schaffen eine europäische Währung, haben aber keinen europäischen Gesetzgeber, keine europäische Verfassung, keine garantieren europäischen Rechte [...] Das ist ein Hauptmangel der Verträge von Maastricht und Amsterdam.«

Gregor Gysi,
Rede im Bundestag
zur Euro-Einführung,
23. April 1998

»Das heutige NEIN ist ein starkes JA zu einem demokratischen Europa.«

Griechischer Finanzminister
Yanis Varoufakis
zum Ergebnis der Volksabstimmung in Griechenland

Gefunden von Maritta Böttcher

»Trotzdem waren die Erpresser der EU und Deutschlands stärker und haben die Demokratie mit Füßen getreten, statt einer neuen jungen und linken Regierung eine Chance zu geben.«

Maritta Böttcher

NACHGEFRAGT: LESERPOST AUS DER REGION

Politische Blamage

Der hier veröffentlichte Leserbrief hat seine Brisanz in der Vorgeschichte. Die Bürgermeisterin der Kreisstadt war nur auf Drängen der Linksfraction zu bewegen, eine öffentliche Würdigung des 70. Jahrestages der Befreiung im ehemaligen Strafgefangenenlager in Luckenwalde durchzuführen. Was offiziell in der Bundesrepublik endlich Respekt und Anerkennung fand, sollte an den Gedenkstätten Luckenwaldes mit niedergelegten Kränzen durch beauftragte Mitarbeiter erfolgen. Nach einer peinlichen Diskussion im Hauptausschuss wurde auch mit Unterstützung der CDU die nachstehend beschriebene Ehrung der Stadt im STALAG beschlossen. Die Bürgermeisterin konnte wegen persönlich anderer Terminplanung nicht an den Ehrungen teilnehmen. Bleibt die Erwartung, dass die landespolitischen Initiativen der SPD für diesen Gedenktag auch für die Luckenwalder Sozialdemokraten Maßstab des politischen Umgangs werden.

Der 70. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus in Luckenwalde

In jedem Jahr am 8. Mai ehren Bürger der Stadt Luckenwalde die sowjetischen Soldaten, die bei der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus gefallen sind. Darin eingebunden sind die vielen Opfer des schrecklichsten aller Kriege weltweit. Mit 27 Millionen Toten haben die Völker der Sowjetunion die Hauptlast des Krieges und die größten Opfer tragen müssen. Richard von Weizsäcker bezeichnete als amtierender Bundespräsident in seiner eindrucksvollen Rede 1985 den 8. Mai als »den Tag der Befreiung vom menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft«.

Auf Beschluss der Abgeordneten der Stadt wurde der Tag der Befreiung als »70. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges« am Ehrendenkmal STALAG IIIA begangen.

Mich hat die Gedenkrede des Vertreters der Stadtverwaltung,

Herrn Mann, empört. Sie war unangemessen und geschichtsklitternd. Nur einmal kam in seiner Rede der Name Sowjetunion vor, als erwähnt wurde, dass u. a. auch Sowjetsoldaten im STALAG gefangen gehalten wurden. Kein Wort dazu, dass die sowjetischen Kriegsgefangenen in einem extra Lager innerhalb des STALAG KZ-mäßig untergebracht waren. Die bedingungslose Kapitulation des Naziregimes wurde nach Mann auch nicht in Berlin besiegelt, sondern es blieb Churchill vorbehalten das Ende des Zweiten Weltkrieges zu verkünden.

Wenn Herr Mann mit dem Thema überfordert war, dann hätte er sich doch bei den Reden zum 8. Mai z. B. vom Bundespräsident oder der Kanzlerin »Rat« holen können. Da war es im wahrsten Sinne des Wortes befreiend, dass auf Initiative der LINKEN auch am sowjetischen Ehrengräberfeld in Luckenwalde wie in jedem Jahr der »Tag der Befreiung« begangen werden konnte. Neben den zahlreichen Anwesenden haben sich auch einige ehemalige Sowjetbürger eingefunden, die

ihre ehemaligen Landsleute ehren wollten. Darunter waren auch die Mutter und Großmutter zweier bekannter Luckenwalder Sportler. Sie bedankten sich bei den anwesenden Deutschen, dass so viele Bürger der Stadt den Sowjetsoldaten ihre Ehrerbietung bezeugten. Die Stadtverordnetenvorsitzende, Frau Dr. Migulla, zitierte und rezitierte aus Texten von Jewgeni Jewtuschenko. Dazu wurden Musik und Lieder, die an dem Ehrenmal in Wolgograd zu hören sind, dezent intoniert. Die gefallenen Sowjetsoldaten wurden von den offiziellen Stadtoberen an den Ehrengräbern im STALAG und auf dem Waldfriedhof negiert.

Leider konnte oder wollte die Luckenwalder Rundschau ihrer Informationspflicht nicht nachkommen, um über die zahlenmäßig größte und eindrucksvollste Ehrung zum Tag der Befreiung zu berichten.

Gertraude Schenk,
Stadtverband Luckenwalde

Im Nachgang zu unserer Gedenkveranstaltung zum Tag der Befreiung am 8. Mai erreichten uns folgende Zeilen:

Liebe Genossen,

ich danke euch für die Einladung zum Gedenken am 8. Mai. Die Ehrung der Sowjetsoldaten spricht auch uns aus dem Herzen. Sie haben die Hauptlast der Befreiung Europas vom Faschismus getragen. Fast jede Familie hatte Opfer zu beklagen.

Am 8. Mai 1976 – wir arbeiteten als Lehrer in Conakry – luden wir unsere russischen Nachbarn Olga

und Valentin zu einem Glas Sekt ein. Während meiner Worte wirkte Olga sehr traurig. Valentin erklärte uns die Situation. Olgas Vater war als Panzer-Kommandant bei der Schlacht im Kursker Bogen gefallen. Wir wurden enge Freunde und besuchten uns mehrmals gegenseitig. So waren wir auch am 9. Mai 1985 in Moskau. Am späten Nachmittag gingen wir in Richtung Innenstadt. Hunderttausende Menschen waren

auf der Straße. Für uns war es ein unvergessliches Erlebnis. [...]

Inge und Günter Grunewald,
Luckenwalde

Am Gedenken am 8. Mai konnten beide in diesem Jahr leider nicht teilnehmen, sie waren zu der Zeit in Spanien. Beide spendeten der Partei jedoch 25 Euro als Blumengruß. Dafür unser Dankeschön!



Spendenübergabe an Flüchtlingsunterkunft Großbeeren

Auf der gemeinsamen Beratung von Kreisvorstand und Kreistagsfraktion in Ludwigsfelde konnte Felix Thier als Kreisvorsitzender den eingeladenen Vertretern der Unterkunft einen symbolischen Spendenscheck in Höhe von 220 Euro übergeben. Dieser Betrag wurde mit Hilfe der Tombola zum 25. Familienfest am 1. Mai 2015 der LINKEN TF in Luckenwalde eingenommen. Die Vertreter der Flüchtlinge bedankten sich ausdrücklich im Namen aller Bewohnerinnen und Bewohner der Unterkunft in Großbeeren.

Felix Thier, Luckenwalde

Generationenwechsel in der Basisorganisation Nuthe-Urstromtal

Ingrid Köbke übergibt nach mehr als 20 Jahren in der ersten Reihe mit schwierigen wie guten Zeiten das Steuer an Gabi Pluciniczak, die am 15. Juni von den Genossinnen und Genossen der Basisorganisation Nuthe-Urstromtal einstimmig gewählt wurde. Stellvertreterin ist nach ebenso einstimmiger Wahl Monika Krause.

Auf dem Foto gibt es von der neuen an die alte Vorsitzende Blumen zum Dank. Kreisvorsitzender Felix Thier schloss sich den Dankesworten an und betonte, dass Genossin Köbke seit Jahrzehnten eines der Gesichter der ehemaligen PDS und der heutigen LINKEN in der Region ist - und er quasi mit ihr aufgewachsen ist. Danke für alles, liebe Ingrid. Und bleibe uns noch lange erhalten!

Felix Thier, Luckenwalde



Endlich geschafft

Nach meiner Wahl zum Stadtverordneten in Jüterbog war mir schnell klar, dass ich mich als jüngstes Mitglied für die Jugend in Jüterbog einsetzen muss. Als erstes suchte ich interessierte Jugendliche und gründete mit diesen die Jugendgruppe »Jugend(hat) Bock«. Damit machte ich alle anderen

Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung (SVV) darauf aufmerksam, dass es interessierte Jugendliche gibt und wir schnell was unternehmen müssen, um auch eine Interessenvertretung für die Stadt zu gewinnen.

Nach einigen Querelen mit anderen Fraktionen, die mir vorwarfen eine Linke-Jugend zu organisieren und wir ja mit roten Fahnen durch die Stadt ziehen würden, wurde dann das Thema Jugendbeirat in den Sitzungen besprochen. Nach einigem Hin und Her und Zurückverweisungen in den Sozialausschuss war es dann im April 2015 endlich soweit: Eine Satzungsänderung lag vor. So kam es, dass im Juni die Mitglieder des Jugendbeirates von der SVV berufen wurden. Am 15. Juli 2015 kamen wir dann ein erstes Mal zusammen und konstituierten uns. Es macht mich besonders stolz, dass fünf (mit mir) von sechs Mitgliedern auch Mitglied in »meiner« Jugendgruppe sind.

Philip Petzhold, Jüterbog

LESEULE



»Gottlose Type – Meine unfrisierten Erinnerungen« von Petra Pau

Die Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Petra Pau, hat während ihrer langjährigen Mitgliedschaft im Parlament viel erlebt, viel erduldet und viel erreicht. Einige ihrer Erlebnisse erzählt sie unter o.g. Buchtitel in Anekdoten. Sie erinnert an Lorient: »Der beste Platz für Politiker ist das Wahlplakat. Dort ist er tragbar, geräuschlos und nicht zu entfernen.« Bei oberflächlicher Betrachtung möchte man ihm uneingeschränkt Recht geben. Aber so einfach ist das nicht. Das wurde mir durch das Lesen der geschilderten Erlebnisse von Petra Pau deutlich. Heitere, ernste, aber auch kollegial-menschliche Erfahrungen hat sie in ihrem Bundestagsalltag erlebt.

Eine kleine Auswahl soll Lust auf das Lesen machen: Kurz vor Ostern 2005 wurde vom ZDF eine Sendung ausgestrahlt, in der Priester-Schüler, Journalisten, TV-Stars und Politiker ihre Bibelfestigkeit unter Beweis stellen mussten. Gewonnen hat Petra Pau, eine Linke und obendrein aus dem gottlosen Osten.

Ab dem Jahr 2002 wurde unsere Partei nur von zwei Politikerinnen im Deutschen Bundestag vertreten, Gesine Löttsch und Petra Pau. Entsprechend dünn waren auch das Medieninteresse und die Akzeptanz im Bundestag. Ganz hinten im Plenarsaal, ohne Tisch und Telefon wurden den beiden Politikerinnen zwei Stühle gewährt. Wie dieses Problem doch noch zufriedenstellend gelöst worden ist, kann schmunzelnd nachgelesen werden.

Bezeichnend und traurig berichtet Petra Pau über die Umbenennung der Clara-Zetkin-Straße in Dorotheenstraße. Auf keinen Fall konnte geduldet werden, dass die Straße, aus dem Osten kommend und in das Parlamentsviertel führend, den Namen einer Kommunistin, Frauenrechtlerin und letzten Alterspräsidentin vor dem II. Weltkrieg trägt. Das war 1995.

Zehn Jahre später – DIE LINKE sitzt wieder mit Fraktionsstärke im Bundestag. Ihr steht ein Beratungsraum zu. Er trägt den Namen Clara Zetkin. Vor dem Bundestag musste ihr Name gelöscht werden, jetzt ist sie drin.

Jede Anekdote in diesem Buch ist lesenswert und vermittelt neue Kenntnisse und Erkenntnisse. Ich kann es dringend empfehlen.

Marianne Richter, Stadtverband Luckenwalde

**DIE LINKE. Teltow-Fläming
VOR ORT UND
IM NETZ:**

Geschäftsstellen

14943 Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
Telefon: 03371 632267
Telefax: 03371 636936
E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de
www.dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog
Große Straße 62
Telefon: 03372 432691
Telefax: 03372 443033
E-Mail: tf.sued@dielinke-teltow-flaeming.de
www.dielinke-tf-sued.de

14974 Ludwigsfelde
Albert-Tanneur-Straße 17
Telefon: 03378 510653
Telefax: 03378 510654
E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-teltow-flaeming.de
www.dielinke-ludwigsfelde.de
www.facebook.com/dielinke.tf

Auch interessant:

www.dielinke-rangsdorf.de;
www.facebook.com/dielinke.rangsdorf

www.dielinke-zossen.de;
www.facebook.com/DIE.LINKE.ZOSSEN

www.dielinke-blankenfelde-mahlow.de

**Leserbriefe
und Zuschriften
sind ausdrücklich
erwünscht.**

**Nächste Ausgabe:
15. Oktober 2015**

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Kreisverband Teltow-Fläming
V.i.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-teltow-flaeming.de
Redaktion: Maritta Böttcher, Felix Thier
Redaktionsschluss: 31. Juli 2015
Layout und Druck: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,
100% Recycling
Auflage: 2.100, August 2015
Veröffentlichte Beiträge müssen
nicht in jedem Fall mit der Meinung
des Herausgebers übereinstimmen.

Ein Interview sorgt für Unruhe

Die Stadt Jüterbog verfügt über unzählige mittelalterliche Zeugnisse, von kleinen Kellergewölben in Privathäusern bis zu mächtigen kulturhistorischen Gebäuden, wie das Rathaus, das Kulturquartier und das Kloster Zinna. Das ehemalige Zisterzienserkloster in Kloster Zinna beherbergt seit

entscheiden, ob wir – und damit der Bürger der Stadt – weiter dafür zahlen wollen, dass dem Tourismus das Kulturgut erhalten bleibt. Empört gab es dazu eine einstimmig verabschiedete Erklärung aller sechs Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung. Es ist offenbar Bürgermeister und Kämmerer noch

Sanierung der Kitas und Schulen durch Kreis, Land und Bund erhalten. Es darf nicht in Frage stehen, was unsere Stadt und ihre Ortsteile auch lebenswert macht. Eigentum verpflichtet, steht im Grundgesetz. Der Bürgermeister hat die Aufgabe den politischen Willen umzusetzen. Und wir geben



über 60 Jahren ein Museum. Vom Heimatmuseum entwickelte sich die Dauerausstellung zur Zisterzienserschau, die jährlich bis zu 2.000 Besucher zählt. Seit 1975 sind keine nennenswerten Erhaltungsmaßnahmen mehr ausgeführt worden. 300.000 Euro für Sanierung und Umbau sowie 30.000 Euro für die Erneuerung der Ausstellung sind nötig. Nach jahrelangem Ringen für Fördermittel zum Erhalt des Museums stehen sie bereit: 80 Prozent durch Bund und Land und ein Eigenanteil von 20 Prozent. Nun stellen Bürgermeister Arne Raue und Kämmerer René Wolter den Eigenanteil per Interview in der MAZ in Frage! Arne Raue führt aus: »...es ist abzuwägen, ob es dem Jüterboger Steuerzahler zuzumuten ist, zusätzlich damit belastet zu werden, dass wir uns (neben dem Betrieb des Mönchenklosters, dem Erhalt der Stadtmauer, Wehrtürmen und Stadttoren) den aktiven Betrieb eines für Europa bedeutenden Kulturgutes leisten. Es ist politisch zu

nicht klar, dass die Stadtverordneten Teil der Exekutive, nicht der Legislative sind. Seit 1991 flossen 30 Millionen Euro durch Bund und Land nach Jüterbog als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der »Städte mit historischen Stadtkernen«. Damit erhält die Stadt ihr Kulturgut auch für ihre Kinder und Enkelkinder und nicht nur für Touristen! Gleiches gilt für den Ortsteil Kloster Zinna, wofür bisher fünf Millionen Euro Förderzuschüsse bereit gestellt wurden. Der Erhalt von Kulturgut ist nicht nur eine Tourismusfrage, sondern auch eine Bildungsfrage für nachfolgende Generationen. Der politische Wille zum Erhalt des Klostermuseums ist durch den einstimmigen Beschluss klar! Wir müssen gemeinsam nach Wegen suchen und einfordern, dass Kommunen bei der Erfüllung ihrer Bildungs-, Brandschutz-, und Infrastrukturprobleme finanzielle Entlastung finden, d.h. auch finanzielle Unterstützung bei der

unsere Unterstützung dazu. Doch der Bürgermeister hat keine Erklärungsnot. Er sagte den Fraktionsvorsitzenden, dass er das absichtlich getan hätte, damit er die entsprechenden »richtigen« Leute und Institutionen aufrüttelt! Das Ministerium hätte auch gleich angerufen und wollte wissen, was hier los ist. Natürlich wird er den politischen Auftrag, den er von uns erhalten hat, durchsetzen, sagt er. Er war auch beim Besuch des Staatssekretärs Kaminski, der sich auch das Kloster ansah, sehr vernünftig und bat ebenfalls um mehr finanzielle Unterstützung des Landes. Die Zeitung schrieb über Raue, er sei »wesentlich versöhnlicher, als vor einigen Wochen, als er bezweifelte, dass der Erhalt solcher Kulturgüter eine kommunale Aufgabe sei«. Die Fraktionen sind sauer, weil er mal wieder die Stadtverordneten in ein schlechtes Licht gerückt hat.

Maritta Böttcher, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE